

**Walter Ulbricht**  
**Schlußwort auf der 11. Tagung des ZK der SED 1965**

Genossen! Dieses Plenum des Zentralkomitees hat eine große Aufgabe erfüllt. Es hat die Perspektive der Entwicklung der sozialistischen Gesellschaftsordnung in der Deutschen Demokratischen Republik bis 1970 beraten und beschlossen und hat dabei insbesondere herausgearbeitet die Probleme und Aufgaben in der zweiten Etappe des Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft, die Probleme der praktischen Entwicklung der Demokratie in unserem Staat, die Entwicklung der Volksbildung und der Kultur. Das wichtigste ist, daß im Komplex alle diese Probleme ausgearbeitet, diskutiert wurden und beschlossen werden. Das hat nicht nur Bedeutung für die gewählten Organe der Republik und für die Organe des Partei-, Staats- und Wirtschaftsapparates, sondern wir haben gerade deshalb alle Probleme im Zusammenhang behandelt, damit die ganze Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik sieht, wie wir die Probleme erarbeitet haben, welchen Weg und welche Taktik wir vorschlagen. Nur dadurch, daß im Zusammenhang alle Probleme erörtert wurden, ist die Möglichkeit der schöpferischen Initiative aller Werktätigen und besonders der schöpferischen Initiative der gewählten Organe und der gesellschaftlichen Organe und Organisationen gegeben.

Wir sind in Deutschland die einzige Partei, die der Bevölkerung einen solchen Plan der Entwicklung der Gesellschaft vorgelegt hat und vorlegen kann.

Es wird auch in Westdeutschland von Programmierung und es wurde während der Wahl zum Bundestag auch von Planung gesprochen. Aber das Charakteristische dieser Planung besteht darin, daß die Aufrüstung, die Stärkung der militärischen Macht des deutschen Militarismus geplant wird; und es wird geplant, wie der

Kampf um die Vorherrschaft des deutschen Imperialismus in Europa und im Bündnis mit den USA in weiten Gebieten der Welt durchgeführt werden soll – das heißt, es wird die aggressive Politik des deutschen Imperialismus geplant. In diesem Plan ist aber nicht enthalten die tiefe gesellschaftliche Veränderung, die sich gesetzmäßig ergibt aus den wachsenden antagonistischen Widersprüchen im staatsmonopolistischen Kapitalismus.

Es ist in keinem dieser Pläne die Grundlage der gesellschaftlichen Entwicklung und die Perspektive Deutschlands behandelt. Wir sind die einzige Partei, die auf die Frage nach der Perspektive Deutschlands eine klare Antwort gibt.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat bei den Wahlen Vorschläge gemacht, sozusagen zur Ergänzung des Programms der CDU/CSU. Es ist charakteristisch, daß im Wahlprogramm der SPD keine selbständige Außenpolitik, keine Darstellung der gesellschaftlichen Entwicklung im Innern, keine Darstellung der politischen Entwicklung im Innern, zum Beispiel der Tätigkeit der parlamentarischen Organe, die Stellungnahme gegen Notstandsgesetze, keine Stellung zur Bundeswehr, zur Änderung der Justiz und vor allem keine Stellungnahme zur Wirtschaftsverfassung enthalten ist, sondern es wird lediglich allgemein geredet von der freien Marktwirtschaft. Das hat Erhard ähnlich gesagt. Also auch die SPD hat keine eigene Konzeption, sondern hat lediglich eine Reihe Vorschläge, wie sie sagt »Verbesserungen«, zum Programm der CDU/CSU.

Das ist auch der Grund, warum sie bei den Wahlen diesen Mißerfolg erleiden mußte.

Die SPD hat nicht erkannt, daß gerade unter den Bedingungen der verstärkten Konzentration des Kapitalismus in Westdeutschland im Zusammenhang mit der wissenschaftlich-technischen Revolution, daß gerade unter diesen Bedingungen die Grundwidersprüche des Kapitalismus im Innern und nach außen wachsen und sich daraus die Pflicht ergibt, für eine Oppositionspartei, eine eigene Konzeption für

die Lösung der gesellschaftlichen Probleme, der staatlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Probleme zu geben.

So ist eine Lage entstanden, daß wir die einzige Partei in Deutschland sind, die eine vollständige Konzeption der gesellschaftlichen Entwicklung und eine Antwort gibt auf die Perspektive Deutschlands. Das heißt, wir sind die einzige Partei, die eine wirkliche deutsche Politik des Friedens, der Demokratie und des Fortschritts entwickelt und wissenschaftlich begründet hat.

Dieses Plenum des Zentralkomitees ist seinen Aufgaben vollständig gerecht geworden. Es hat diese hohen Aufgaben, die vor dem Zentralkomitee standen, erfüllt und hat eine große schöpferische Arbeit geleistet. Die Probleme, die auf der Tagesordnung standen, wurden wirklich ausdiskutiert, und soweit es verschiedene Meinungen gab in theoretischen und praktischen Fragen, wurden sie im wesentlichen beantwortet.

Von Bedeutung ist, daß bei der Behandlung der Probleme des Perspektivplanes die Aufgaben der staatlichen, ökonomischen und kulturellen Entwicklung eng mit der Entwicklung der sozialistischen Demokratie verbunden sind. Die Genossen werden bemerkt haben, daß ich im Referat kein besonderes Kapitel über Demokratie hatte, weil das nicht notwendig ist. Es kommt in dieser Periode darauf an, in Verbindung mit der Lösung der Grundaufgaben die demokratischen Methoden richtig zu entwickeln. Sie werden bemerkt und beachtet haben, daß ich stark die Rolle der Volkskammer und der Ausschüsse der Volkskammer betont habe, daß auch bestimmte Streitfragen den Ausschüssen der Volkskammer und den Ausschüssen der Volksvertretungen vorgelegt werden sollen. Was die wirtschaftlichen Probleme betrifft, so wurde vorgeschlagen, daß bei den Generaldirektoren der WB Gremien geschaffen werden, die aus Vertretern der Gesellschaft zusammengesetzt sind, die Bestimmungsrechte und ein gewisses bestimmtes Kontrollrecht besitzen.

Es wurde stärker herausgearbeitet, daß sich unter Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution auch die Aufgaben der Gewerkschaften erweitern und manche neue Aufgabe besteht. Die Gewerkschaften haben bei uns das weitestgehende Bestimmungsrecht. Man kann nicht sagen, sie haben Mitbestimmungsrecht, sondern sie haben Bestimmungsrecht. Aber durch die Vorschläge, die von diesem Plenum des Zentralkomitees beschlossen werden, bekommen sie doch direkte Mitwirkung, direkte Mitbestimmung nicht nur durch die Teilnahme an der Beratung des Planes, sondern auch bei der Durchführung, indem sie verantwortliche Funktionen in dem Gremium haben, das bei den Generaldirektionen der VVB geschaffen wird, und indem in den Betrieben die Arbeit der ständigen Produktionsberatungen verstärkt und den Produktionskomitees im Betrieb, denen auch Gewerkschaftsvertreter angehören, größere Bedeutung durch uns beigemessen wird.

Aber das, was für diese Gebiete gilt, gilt selbstverständlich auch für andere Gebiete, z. B. für die Kultur. Es wurde hier mit Recht scharf kritisiert, daß beim Ministerium für Kultur der Filmbeirat 9 Monate nicht einberufen wurde. Es hatte sich ein eigenartiges freies Spiel der Kräfte entwickelt. Es wurde dort eine Kampagne gegen Dogmatismus und Stalinismus geführt, und unter diesem Druck ist ein Teil leitender Funktionäre von ihrer Verantwortung, die sie als Mitarbeiter und Leiter des Ministeriums haben, einfach zurückgewichen. Das betrifft auch den Leiter der DEFA. Das heißt, die Kreise, die für die Produktion eines Films verantwortlich sind, bestimmen den Inhalt des Filmes, und alles andere wird dem Selbstlauf überlassen. Wenn es zum Ministerium kommt, dann ist der Film schon so weit gedreht, daß der betreffende Stellvertreter des Ministers sagt: Nachdem schon soviel gedreht ist, kann ich den Film nicht stoppen lassen: Also laufen die Dreharbeiten weiter, bis sich jemand findet, vor dem die Frage eventuell gestellt wird, was nicht immer der Fall war. Das bedeutet, daß der Druck derjenigen, die eine Kampagne gegen den Dogmatismus geführt

haben, so weit geht, daß sich das überhaupt gegen jede Leitungstätigkeit und auf die absolute Freiheit gerichtet hat, daß jeder Filmschaffende tun kann, was er will. Der Staat hat lediglich das Defizit der DEFA zu bezahlen.

Selbstverständlich muß man die Leitungstätigkeit wieder in Ordnung bringen. Auch Genosse Hager hat hier gesagt: Man muß Gremien schaffen, sowohl bei dem Stellvertreter des Ministers für Kultur, der für das Filmwesen verantwortlich ist, als auch bei dem Stellvertreter, der für die Verlagsfragen verantwortlich ist, und auch bei anderen. Das heißt, hier wurden die elementarsten Grundsätze unserer demokratischen Ordnung verletzt. Demokratie bedeutet doch nicht, daß jeder nur Geld nimmt und macht, was er will.

Nun werden Genossen sagen: Ja, aber diese Stellungnahme kann doch Auswirkungen auf das künstlerische Schaffen haben. Ich sehe diese Gefahr nicht. Das hängt davon ab, wie man die gegenwärtige Lage einschätzt, die Lage im Kampf zwischen den beiden Systemen in Deutschland und die Lage in der Deutschen Demokratischen Republik.

Einige Genossen versuchten den Eindruck zu erwecken, als ob eine Diskussion über die Fragen der Literatur begonnen hätte. Aber das stimmt gar nicht. Die Diskussion hat über ein ganz anderes Thema begonnen. Die Diskussion begann über das Thema der Sauberkeit in der Deutschen Demokratischen Republik, begann über das Thema, ob die Beat-Gruppen und ob die Sex-Propaganda, die systematisch nach amerikanischem Vorbild betrieben wurde, ob das die Richtung der Entwicklung der Kultur ist. Damit begann die Diskussion. Ich möchte das ausdrücklich klarstellen. Von diesem Standpunkt aus wurde einiges in der »Neuen Deutschen Literatur« kritisiert. Von diesem Standpunkt aus wurden eine Reihe Fernsehfilme und Fernsehdarbietungen kritisiert, und nicht wir haben sie kritisiert, sondern die Bevölkerung hat sie kritisiert. Die Bevölkerung hat mit Protesten begonnen. Das ist die Wahrheit.

Selbstverständlich gibt es auch Fragen der Literatur, aber wie gesagt: Wir haben mit der Frage der Ästhetik und der Ethik begonnen. Das war der Ausgangspunkt der Auseinandersetzung. Ästhetik und Ethik – wie steht es damit? Die Ästhetik wurde nur als Tarnschild benutzt, und die Ethik kam unter die Räder. So war das in weitgehendem Maße der Fall. Man mußte also wieder die Positionen klarstellen, die Beschlüsse des Parteitages über die Entwicklung der sozialistischen Ethik und über die Gesetze der sozialistischen Moral hervorholen.

Denn wenn in der illustrierten Zeitschrift der deutsch-sowjetischen Freundschaft, »Freie Welt«, Propaganda gemacht wird für die Bordelle auf der Reeperbahn in Hamburg, dann scheint mir das doch schon der Gipfel zu sein und höchste Zeit dafür, daß eingegriffen wird. Ich denke, daß das die höchste Zeit war. Das betraf auch einige Fernsehsendungen und einiges andere mehr.

In diese Schmutzlinie haben sich Biermann und einige andere hineingeschoben und haben Politik gemacht. Wessen Politik? Es handelt sich um den Kreis Havemann, Heym, Biermann und – ich möchte jetzt die weiteren Namen nicht nennen, das kann man später nachholen. Es handelt sich also nicht um den Dichter Biermann als solchen oder um eine Frage der Dichtkunst, sondern es handelt sich um eine Gruppe, die einen politischen Kampf gegen die Arbeiter- und Bauern-Macht zielbewußt geführt hat und führt. Ich möchte noch erwähnen, daß es selbstverständlich vorkommen kann, daß manche Genossen nicht sofort und rechtzeitig alle Zusammenhänge sehen. Das kann vorkommen. Nicht jeder hat die Übersicht, und manchmal scheint das eine oder andere gar nicht von so großer Bedeutung zu sein. Aber damit diejenigen, die an der Richtigkeit unserer Einschätzung der Lage Zweifel hatten, vollständig überzeugt werden, erlaube ich mir, aus dem Springerblatt von heute folgende Mitteilung hier bekanntzugeben:

Prof. Havemann hat im »Spiegel« einen Artikel veröffentlicht, in dem er die Zulassung einer parlamentarischen Opposition in der

»Sowjetzone« fordert. Er fordert, daß in der »deutschen Sowjetzone«, – wie es dort heißt; die Freiheiten gegeben werden, die in der bürgerlichen Gesellschaft des Westens bestehen. Damit das etwas getarnt wird, sagt er, er sei auch für die Legalisierung der KPD in Westdeutschland. Und dann stellt er die Frage: »Kann es auch im Sozialismus eine parlamentarische Opposition geben?« – »d. h., er meint eine Oppositionspartei« – »und warum haben die Arbeiter kein Streikrecht oder – wenn sie nicht streiken wollen – warum können sie nicht wenigstens eine unfähige Betriebsleitung absetzen?«

So, ist alles klar?

(Zurufe: Völlig klar! Vollkommen klar!)

Ist es jetzt allen Genossen klar, frage ich, daß es nicht um Literatur geht und auch nicht um höhere Philosophie, sondern um einen politischen Kampf zwischen 2 Systemen? – Ich hoffe, daß das inzwischen klargeworden ist. Selbstverständlich, für uns ist es manchmal nicht leicht, schon wenn wir andere Anhaltspunkte haben, Genossen zu überzeugen, bevor der Gegner selber bis zu Ende formuliert. Dann ist es selbstverständlich leichter.

Also worum geht es? Um die Gewährung der Freiheiten in der DDR, die in der bürgerlichen Gesellschaft des Westens üblich sind. – Aber wir haben viel weitergehende Freiheiten; wir haben nur keine Freiheit für Verrückte, sonst haben wir absolute Freiheiten überall.

(Kurt Hager: Und keine für solche Konterrevolutionäre!) Für Konterrevolutionäre haben wir auch keine Freiheiten, das nicht.

Selbstverständlich, Genossen, wenn die Frage so gestellt wird, geht es um die prinzipielle Auseinandersetzung. Was sind denn demokratische Freiheiten? Besteht die demokratische Freiheit darin, daß jemand unter dem Druck der Meinungsfabriken der Bourgeoisie alle 4 Jahre einmal einen Stimmzettel abgeben darf, oder besteht die Demokratie in der ständigen Mitarbeit, in der Mitwirkung des werktätigen Volkes und darin, daß das werktätige Volk die Produktionsmittel besitzt und über sie verfügt?

Was ist los? Die Herren haben jetzt auch diejenigen, die bisher glaubten, sie könnten sich durchmanövrieren, die Herren haben alle gezwungen, die prinzipiellen Fragen bis zu Ende zu diskutieren. Einverstanden, wir nehmen den Kampf auf, wir sind gar nicht dagegen.

Und jetzt komme ich wieder zurück auf die Demokratie bei uns und die Demokratie in der DEFA. Da wir gewußt haben, daß es einige Leute gibt – ich will jetzt mal keine Namen nennen –, die erklärt hatten – im Geiste dieser »Oppositionspartei«, das ist die Vorbereitung –, sie wollten mit allen Mitteln durchsetzen, daß das »Kaninchen« läuft – weil sie das mit politischer Zielsetzung wollten

(Erich Honecker: Sie hatten vor, die Partei vor vollendete Tatsachen zu stellen.)

(Kurt Hager: Sie haben doch direkt formuliert, daß sie uns dazu zwingen wollen.)

haben wir gesagt: Selbstverständlich hätte das Politbüro diese Filme einfach absetzen können, vom Standpunkt des Parteistatuts haben wir das Recht. Aber wir waren uns klar, daß es nicht einfach um diesen Film, um dieses »Kaninchen« geht, sondern auch um einige Dutzend andere Kaninchen. Deshalb haben wir beschlossen, alles Material dem ZK vorzulegen. Soll das ZK entscheiden.

(Zuruf: Da unser Name nicht Hase ist.)

Ja, soll das ZK entscheiden. Wie das geht, wer wen zwingen wird und wer wen bestimmt in der Deutschen Demokratischen Republik, das wollen wir mal ausprobieren.

Ich sage das, damit die Genossen den Zusammenhang sehen zwischen dem, was hier in der Diskussion gesagt wurde, zwischen der Theorie, die in der wissenschaftlichen Filmzeitschrift vertreten wurde, zwischen dem »Kaninchen« und den Forderungen Havemanns. Ich sage das, damit das klar ist und es keine Mißverständnisse gibt. Deswegen möchte ich das sehr ausdrücklich betonen.



Dazu bestand auch ein Zusammenhang mit einigen Leuten im Fernsehen, die nach genau derselben Devise gearbeitet haben. Die Vorarbeit wurde mit Sex- und Beatpropaganda geleistet, um die Atmosphäre für den politischen Kampf aufzulockern. Das haben einige dieser Leute, die im Fernsehen saßen, gut und planmäßig organisiert. Organisatorisch war das alles, von der DEFA bis zum Fernsehen und bis ins Kulturministerium, gut organisiert. Bei einigen im Kulturministerium kann ich noch nicht genau unterscheiden – ich bitte, das zu entschuldigen –, wieweit das bei ihnen politische Sympathie für diese Kreise und wieweit das Dusseligkeit war. Das kann ich nicht genau unterscheiden, aber das wird sich ja noch zeigen. Deswegen nenne ich auch keine Namen.

Weil das alles so ist, hat mich die Rede des Genossen Sakowski so stark beeindruckt. Was hat denn Genosse Sakowski als Schriftsteller gesagt? Ich werde das mal ins Deutsche übersetzen, denn er war eine Nuance höflicher als ich. Aber ich werde das, was er gesagt hat, einmal in deutscher Sprache präzisieren: Er hat dargelegt, daß ein solcher starker geistiger Druck – man kann auch sagen: eine solche Terrorisierung – fortschrittlicher Schriftsteller erfolgt ist, daß er darauf verzichtet hat, noch weiter Fernsehspiele über Bauernthemen zu schreiben, und daß er faktisch gezwungen worden ist, auf eine andere Thematik überzugehen. Ich nehme an, daß Genosse Sakowski meine Definierung akzeptiert. So ungefähr war doch die Sache.

Das heißt, auf bestimmte Schriftsteller ist ein politisch-ideologischer Druck ausgeübt worden, und da diejenigen auch die Finanzen in dieser Abteilung des Fernsehens in der Hand hatten, wurde auf sie auch ein finanzieller Druck ausgeübt. Diese Beschwerde haben wir nicht vom Genossen Sakowski gehört. Er hat sich bei uns nicht beschwert. Aber wir wissen ja auch Dinge, selbst wenn uns Genosse Sakowski nichts darüber schreibt. Wir wissen doch, was gespielt wird. Auch einigen anderen Schriftstellern ist das passiert.

Genossen! Wir haben diese Fragen offen vor dem Zentralkomitee gestellt und haben alles Material vorgelegt. Wir haben gesagt: Seht euch die Filme selber an! – Ihr habt das Material bekommen, wenn auch nicht alles, weil wir selber noch nicht alles haben. Aber das wesentliche Material habt ihr bekommen. Nun macht euch selber ein Bild davon!

Als im Staatsrat die Aussprache stattfand, die ein bißchen zögernd ging, habe ich der Genossin Anna Seghers gesagt: Weißt du, Anna, es geht hier nicht um Fragen der Kunstrichtung. Es geht hier nicht um die Fragen Revisionismus, rechts oder links oder sonstwas. Darum geht es überhaupt nicht. Es ist auch von uns kein Wort über die Fragen der Kunstrichtungen gesagt worden, sondern es geht um große politische Fragen. Selbstverständlich reifen die Fragen heran, und in einem gewissen Stadium der Entwicklung hat man schon eine bessere Übersicht als am Anfang. Ich glaube, wir sind verpflichtet, diese Übersicht dem Zentralkomitee zu geben, damit das Zentralkomitee selber seine Schlußfolgerungen daraus ziehen kann.

Wenn die Westpresse schreibt, daß jetzt der Stalinismus wieder eingezogen ist usw., so kann ich dazu nur sagen, daß dieser alte Trick, gegen den Marxismus-Leninismus unter der Losung des Stalinismus zu kämpfen, jetzt schon so abgegriffen ist, daß darauf bei uns niemand mehr hereinfällt. Darum geht es gar nicht. Der »Tagesspiegel« hat ganz genau begriffen, daß wir genau auf den Punkt geschlagen haben, wo die Verbündeten des »Tagesspiegel« saßen oder sitzen, nämlich ideologisch. Organisatorisch haben wir bisher noch keine Maßnahmen durchgeführt, außer im Fernsehen.

Jetzt möchte ich ganz offen zu den Genossen Schriftstellern sprechen. Die Genossen Schriftsteller können sich überhaupt nicht darüber beschweren, daß ich im Zentralkomitee nicht offen spreche. Ich möchte ganz offen die Frage stellen: Wie kann man eine solche Lage meistern? Dieter Noll hat – ich habe das schon im Referat zitiert –

gesagt: Zuerst muß man sich abgrenzen. Zuerst muß man begreifen, wie die Lage ist: Aber das genügt jetzt nicht mehr, sondern jetzt kommt es darauf an, eine solche Leistung auf literarischem und künstlerischem Gebiet zu vollbringen, mit der bewiesen wird, daß unser Weg den Interessen des Volkes, den Interessen der Republik entspricht. Deshalb meine massive Kritik an der »Neuen Deutschen Literatur«, nicht etwa nur wegen dieser zwei oder drei Artikel, die darin enthalten waren, über die wir nun einmal anderer Meinung sind, sondern deshalb, weil wir wollen, daß der Schriftstellerverband vorwärtskommt. Und wenn er vorwärtskommen will, dann müssen sich die Schriftsteller jetzt zusammensetzen, um die »Neue Deutsche Literatur« zu einer solchen Zeitschrift zu machen, die in der Welt Ansehen gewinnt, über die man in ganz Deutschland und in der Welt spricht. Das ist unser einziger Wunsch. Einen anderen Weg habt ihr nicht. Es gibt nur eine Möglichkeit, daß im Fernsehen die Schriftsteller, die Regisseure und Dramatiker mithelfen, solche Fernsehspiele auszuarbeiten, über die das deutsche Volk – also nicht nur die Bürger der DDR – spricht. Das ist der Weg. Deshalb wurde »Dr. Schlüter« im Tempo Nummer 1 auf den Plan genommen. Die Genossen haben Übermenschliches in dieser kurzen Zeit geleistet, um diesen Fernsehfilm fertigzumachen. Er ist zwar noch nicht ganz fertig; aber immerhin sind schon vier Teile davon fertig. Aber diese vier Teile haben es in sich. Der vierte Teil zum Beispiel enthält doch schon einen ganzen Teil der Probleme, die einen Teil unserer Intelligenz jetzt unmittelbar angehen. Das betrifft schon nicht mehr nur die Vergangenheit, sondern betrifft auch schon die Probleme der Gegenwart. Einige der älteren bürgerlichen Professoren haben auf die Fragen, die dieser Film aufwirft, ausgezeichnet geantwortet. Sie haben die echten Probleme gestellt und gesagt: Ja, vor diesen Problemen standen wir. Das war hart für uns. Wir haben lange Zeit mit uns gerungen, gestritten und diskutiert. In dieser Zeit hat sich bei uns im Denken vieles verändert, bis auch wir den Weg von Dr. Schlüter bis zum Ende des fünften Teils

gegangen sind. – Das haben eine ganze Reihe führender Vertreter der Intelligenz der DDR gesagt. Mögen sich auch Schriftsteller zu diesen Problemen äußern! Das sind echte Probleme.

Also, liebe Genossen, wir werden jetzt nicht nach dem Westen blicken, was dort zusammengeschrieben wird. Das stört uns wenig. Wir werden uns auch nicht danach richten, was aus einigen anderen, Hauptstädten – aus Budapest oder woanders – gesagt wird, sondern wir werden den Weg gehen, der hier in diesem Plenum des Zentralkomitees beschlossen wird. Dann kommen wir gut vorwärts.

Schaut, liebe Genossen, beim Neuen Ökonomischen System war das am Anfang nach dem VI. Parteitag doch viel schwerer. Bei der Ausarbeitung des Neuen Ökonomischen Systems kamen von allen Seiten die Fragen, Kritiken, Zweifel und was weiß ich noch auf uns zu. Aber wir haben uns von niemand stören lassen. Wir sind hartnäckig den Weg unter Führung der Partei gegangen mit einer großen Initiative der Mitarbeiter des Parteiapparates. Das muß man hoch einschätzen. Sonst wäre es gar nicht gelungen. Wir waren uns des Risikos voll bewußt, das wir am Anfang eingingen, nicht daß jemand denken soll, daß das alles so glatt ging und daß wir dann plötzlich sahen, daß es Schwierigkeiten gab. Nein, wir haben das Risiko voll eingeschätzt. Wir waren uns dessen völlig bewußt, wie gefährlich das ist, wenn nicht die Partei und der Staatsapparat mit Riesenanstrengungen diesen Weg konsequent gehen. Und wir sind in der ersten Etappe erfolgreich vorwärtsgekommen.

Wenn Prof. Ardenne mir in einem freundschaftlichen Brief schreibt: „Der Tod des Genossen Apel gibt doch zu denken. Die leitenden Funktionäre in Partei, Staat und Wirtschaft sind doch so überarbeitet, daß man sich ernst damit beschäftigen muß“, dann hat er recht. Aber zuerst müssen wir die Aufgaben lösen. Daß man unsere medizinische Wissenschaft noch verbessern muß und daß man bestimmte Dinge nicht weiter dulden darf, das haben wir im Politbüro

dem Vorsitzenden des Ministerrats eindeutig gesagt zur Weitergabe an die zuständigen Stellen.

Es gibt wirkliche Probleme. Wir sehen die Probleme und werden uns bemühen, gewisse Lehren zu ziehen, aber die Aufgaben werden gelöst, um jeden Preis werden die gelöst! Das als Nachbemerkung, damit niemand denkt, daß es noch irgendwelche offenen Fragen gibt bei uns.

Als die Aufgabe gestellt wurde, über die Probleme des Perspektivplanes zu sprechen, war mir klar, daß das wichtigste ist, die Probleme des Weges und die Probleme der Taktik auszuarbeiten; denn wenn die Arbeiterklasse, die Intelligenz, die Staats- und Wirtschaftsfunktionäre, die Kulturschaffenden wissen, wie die Generallinie in diesem Zeitabschnitt angewandt werden soll, dann können sie selbst die Initiative ergreifen, und es wird weniger Fehler geben. Genossen! Die Aufgaben sind so kompliziert, daß es immer wieder vorkommt, daß der eine oder andere die Sache einseitig sieht, von der einen oder anderen Seite zuviel, und es kommen Schiefheiten heraus. Daß Schiefheiten herauskommen können, verstehen wir, die muß man möglichst schnell korrigieren, aber es müssen möglichst wenige Fehler herauskommen. Deshalb die generelle Orientierung auf die grundlegenden Probleme, die Darstellung des ökonomischen Systems des Sozialismus in seiner Gesamtheit, soweit wir das jetzt wissenschaftlich ausarbeiten konnten. Was heute im Zentralkomitee beschlossen wird, das ist sozusagen die Weisheit, die unserem jetzigen theoretischen und praktischen Erkenntnisvermögen entspricht. Mehr ist auch bei uns nicht drin, nicht nur bei euch, auch bei uns ist nicht mehr drin. Aber das reicht vorläufig.

Wenn das so ist, dann muß man selbstverständlich bei der Berichterstattung über das ZK in den Parteiorganisationen, in den Staatsorganen, in den gesellschaftlichen Organisationen, in den Blockparteien über diese Zusammenhänge, über die ganze

Problematik sprechen, damit sich die Betreffenden Gedanken machen, das verdauen und richtig anwenden, d.h. bei der Durchführung möglichst wenig Einseitigkeiten passieren. Die Einseitigkeiten gibt es bei Wirtschaftlern, und die gibt es auch bei Schriftstellern und Künstlern, die sehen das auch manchmal einseitig. Manche bildenden Künstler sehen den Arbeiter verkehrt, das kommt vor, also müssen wir helfen, daß sie ihn richtig sehen lernen.

(Hermann Matern: Mit dickem und spitzem Kopf!)

So ungefähr. – Ich denke, wir haben die Fragen offen und freimütig ausdiskutiert.

Eine Frage war zuletzt noch übriggeblieben, das war die Diskussion über eine Stelle in der Rede des Genossen Rumpf. Ich muß das wegen der endgültigen Aufgabenstellung für Regierung und Plankommission jetzt noch einmal erwähnen. Ich bin im allgemeinen mit Genossen Rumpf einverstanden, aber es gibt ein paar Fragen, die müssen wir ganz genau präzisieren, damit es keine Mißverständnisse gibt. Genosse Rumpf sagte in seinem Referat, ich zitiere das nach dem Stenogramm: »Weil aber unter sozialistischen Bedingungen das Reineinkommen dem Staat gehört und demzufolge im Staatshaushalt akkumuliert wird, ergibt sich daraus, daß bei uns die Investitionsfinanzierung grundsätzlich aus dem Budget erfolgen muß.«

Und diese These ist falsch, oder wollen wir mal sagen, sie ist überholt. Früher war sie mal richtig. Sie ist überholt, sie paßt nicht mehr in diese Zeit. Aber die Änderung dieser These bedeutet die Schaffung einer neuen Qualität der Arbeit der Notenbank und der Deutschen Investbank. Genosse Löschau hat vorhin einen Zwischenruf gemacht und Genossen Rumpf zugerufen: Wir machen das praktisch schon! – Freilich wird es praktisch gemacht, aber jetzt müssen wir auch theoretisch und prinzipiell das legalisieren, die Schlußfolgerungen über

das ziehen, was bereits geschieht, was bereits eine Menge Betriebe gemacht haben mit Erlaubnis der staatlichen Organe.

Also worum geht es? In den VVBs bzw. Betrieben wird gesellschaftliches Reineinkommen erzeugt. Bisher wurde der größte Teil davon im Staatshaushalt zentralisiert und über ihn umverteilt. Das Prinzip der Eigenerwirtschaftung der Mittel für die erweiterte Reproduktion läuft aber gerade darauf hinaus, daß ein wesentlich größerer Teil, nicht alles, ein wesentlich größerer Teil des Reineinkommens als bisher bei den VVBs bzw. Betrieben verbleibt und von ihnen im Rahmen des Planes eigenverantwortlich verwendet wird. Ist das klar? Stimmen wir überein? (Willy Rumpf: Jawohl!)

Gut. Mit diesem Teil des Reineinkommens hat der Staatshaushalt in Zukunft nichts mehr zu tun. Wenn du eine Information haben willst, informiere dich bei der Investbank. Da kann er sich privat informieren.

(Willy Rumpf: Darf ich eine Frage stellen? Ich bestehe nicht darauf, daß das Bestandteil des Staatshaushaltsplanes ist, aber es ist doch Bestandteil des Planes?)

Im Rahmen des Planes, nicht des Staatshaushalts. (Willy Rumpf: Kein freies Spiel der Kräfte!?) Nein, nein.

(Willy Rumpf: Einverstanden!) (Heiterkeit)

Genossen, ganz sachlich. Ich werde auf die Frage gleich antworten. Der Teil des Reineinkommens, der im Staatshaushalt zentralisiert und im Rahmen des Investplanes umverteilt wird, ist in erster Linie für solche Großvorhaben und Neubauten wie Schwedt, Leuna II und andere zu verwenden. Das ist klar. Das ist die Hauptfrage, um die der Streit ging.

Ich möchte noch einmal etwas zur ersten Frage sagen. Selbstverständlich, wenn diese Kreditgewährung nicht im Rahmen des Planes geschieht, könnte es selbstverständlich passieren, daß grobe Fehler in der Investpolitik entstehen und daß die Bilanzierung des Staatsplanes gestört wird. Diese Gefahr, daß die Bilanz des

Staatsplanes gestört wird, ist vorhanden, und die Genossen Planer, Genosse Schürer, müssen an diesem Punkt aufpassen. Weil ja die VVB-Generaldirektoren – das sind mächtige Herren – zuweilen einseitig ihre Investitionspolitik durchführen und die Bilanzierung des Planes durcheinanderbringen. Die Gefahr besteht, da hat Genosse Rumpf recht, Wir sehen, daß die Gefahr vorhanden ist, und wir müssen rechtzeitig aufpassen, daß die Geschichte nicht schiefgeht.

Ich komme zur nächsten Frage, zur Frage der Rolle des Kredits. Das Kernproblem besteht darin, daß das Kreditsystem selbständig, unabhängig vom Staatshaushalt seine vorhandenen Kreditquellen für die Finanzierung von Investitionen, Rationalisierungsmaßnahmen in bestehenden Betrieben nutzt. Die Rückzahlung erfolgt aus dem damit erwirtschafteten Reineinkommen. Also, was wollen wir? Wir wollen die Rationalisierung beschleunigen, und zwar hauptsächlich dort, wo eine hohe Effektivität herauskommt. Das heißt, Genosse Rumpf, diese Kredite brauchen nicht durch den Staatshaushalt abgedeckt zu werden und sind auch keine Quelle der inneren Verschuldung. Einverstanden? Aber ich bestreite nicht, daß es auf diese (?) noch eine Reihe echter Probleme gibt, und ich möchte bitten, daß die Forschungsinstitute der Staatlichen Plankommission, des Ministeriums für Finanzen und andere Wirtschaftswissenschaftler gemeinsam diese Probleme untersuchen. Also jetzt Wirtschafts- und Finanzwissenschaftler vor die Front, bitte. Es sind noch einige Probleme drin, und die müssen theoretisch geklärt werden.

Die Diskussion, die wir hier geführt haben, ging also um die Frage der Rolle des Kredits im Rahmen des Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft.

Ich darf dann diesen Punkt zusammenfassen. Wir stellen also nicht irgendwelche finanzmethodischen Fragen in den Vordergrund, sondern wir wollen durch eine zweckmäßige Gewinnverwendung über



Selbsterwirtschaftung bei den VVBs und Betrieben, über Umverteilung beim Staatshaushalt und über das Kreditsystem den höchsten volkswirtschaftlichen Nutzeffekt der eingesetzten Investitionsmittel erreichen. Das ist die Aufgabe. Herrscht Einmütigkeit darüber?

(Willy Rumpf: Jawohl.) Gut, dann ist das geklärt.

Jetzt habe ich keine Fragen mehr. Ich denke, daß die dreieinhalbtägige Tagung des Zentralkomitees sehr fruchtbringend war, außerdem die demokratischen Methoden gezeigt hat, mit denen die Probleme im Zentralkomitee behandelt wurden, und ich denke, daß sich in dieser ZK-Tagung wieder einmal gezeigt hat, was für ein ausgezeichnetes Statut die SED besitzt. (Langanhaltender Beifall)

Walter Ulbricht: Schlußwort auf der 11. Tagung des ZK der SED 1965. In: Günter Agde: Kahlschlag. Das 11. Plenum des ZK der SED. Berlin: Aufbau Taschenbuch Verlag 1995,